

Datenschutzinformation

- Informationspflicht gemäß Artikel 13 EU DS-GVO -
zur Erhebung von personenbezogenen Daten



Verarbeitungstätigkeit	Nachweis über Masernschutzimpfung für die Unterbringung in Asyl- und Obdachlosenunterkünften
Erhebende Stelle	Gemeinde Nattheim Fleinheimer Str. 2 89564 Nattheim
Verantwortlicher nach Art. 4 Nr. 7 DS-GVO	Bürgermeister der Gemeinde Nattheim Stellv. Bürgermeister der Gemeinde Nattheim
Behördl. Datenschutzbeauftragter	datenschutz@nattheim.de
Zweck der Datenverarbeitung, Rechtsgrundlage	Die personenbezogenen Daten werden aufgrund von § 20 Abs. 8 Infektionsschutzgesetz (IfSG) zum Zweck des Schutzes der Personen in Asyl- und Obdachlosenunterkünften vor einer Masernerkrankung erhoben und verarbeitet.
Geplante Speicherdauer	Die Daten werden ab Vorlage des Nachweises bis zum Ende der Unterbringung in einer Asyl- oder Obdachlosenunterkunft der Gemeinde gespeichert.
Empfänger oder Kategorie von Empfängern der Daten	Gemeindeverwaltung Nattheim, Fleinheimer Str. 2, 89564 Nattheim
Betroffenenrechte	Sie haben als betroffene Person das Recht von der Gemeindeverwaltung Auskunft über die Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 15 DS-GVO), die Berichtigung unrichtiger Daten (Art. 16 DS-GVO), die Löschung der Daten (Art. 17 DS-GVO) und die Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO) zu verlangen, sofern die rechtlichen Voraussetzungen dafür vorliegen. Sie können verlangen, die bereitgestellten personenbezogenen Daten gemäß Art. 20 DS-GVO zu erhalten oder zu übermitteln. Sie können nach Art. 21 DS-GVO Widerspruch einlegen. Die Einwilligung in die Verarbeitung Ihrer Daten können Sie jederzeit widerrufen. Unbeschadet anderer Rechtsbehelfe können Sie sich beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Postfach 10 29 32, 70025 Stuttgart, poststelle@ldi.bwl.de beschweren.
Verpflichtung, Daten bereitzustellen, Folgen der Verweigerung	Sie sind verpflichtet, die zum oben genannten Zweck erforderlichen personenbezogenen Daten bereitzustellen. Sind Sie damit nicht einverstanden, erfolgt eine Meldung an das Gesundheitsamt. Von diesem kann ein Bußgeld verhängt werden.